

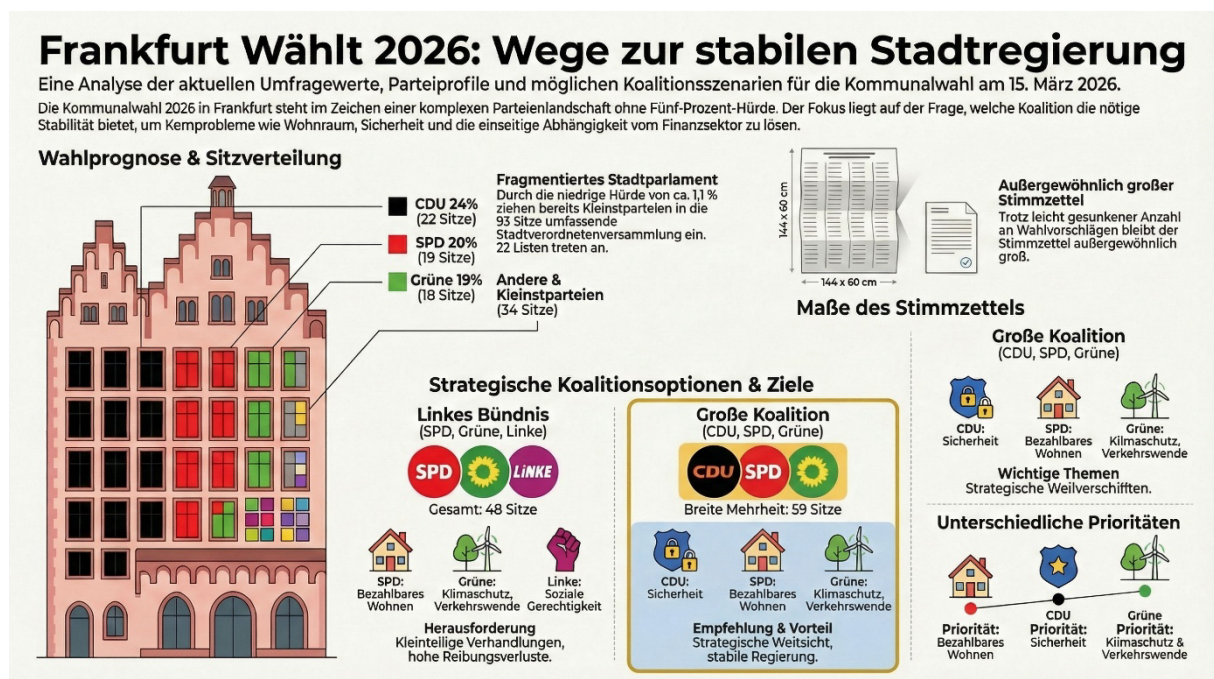
Quo vadis Francoforte?

Pars II – Prima cogitatio timida de statu praesentiuo vadis Francoforte - oder wohin wollen wir eigentlich?

Überlegungen zum Status quo der Frankfurter Stadtpolitik

Frankfurt am Main, den 8. März 2026 **Analyse** von Andreas Rust

Die Kommunalwahl am 15. März 2026 markiert eine Zäsur für die zukünftige Entwicklung von Frankfurt am Main. Die mathematischen Gegebenheiten reduzieren die Optionen für eine stabile Stadtregierung auf zwei ernsthafte Koalitionsmöglichkeiten.



Kernthese:

Klug wählen, da es mathematisch nur zwei ernsthafte Koalitionsmöglichkeiten gibt!!!

Die Ausgangslage: Komplexität auf dem Stimmzettel

Insgesamt gibt es 18 rechtlich selbständige Wahlen und dementsprechend viele Stimmzettel, für die Stadtverordnetenversammlung, die 16 Ortsbeiräte und den Ausländerbeirat. Die Frankfurter Stadtverordnetenwahl ist geprägt von einem außergewöhnlich großen Stimmzettel (144 x 60 cm). Trotz einer leicht gesunkenen Anzahl an Wahlvorschlägen treten 22 Listen an. Aufgrund des Fehlens einer Fünf-Prozent-Hürde reicht bereits ein Stimmenanteil von etwa 1,1 % für den Einzug in das Stadtparlament. Davon profitieren etwa die Wählergemeinschaft „Die Frankfurter“, angeführt vom früheren SPD-Politiker Thomas Böppler-Wolf, die Bürgerinitiative „Frankfurt – sozial!“ um Ex-OB Peter Feldmann sowie die Satirepartei „Die Partei“, die sich dank prominenter Frankfurter Kandidaten Hoffnungen macht.

Aktuelle Prognose und Sitzverteilung

Basierend auf der Forsa-Umfrage von Februar 2026 ergibt sich folgendes Bild für die Stadtverordnetenversammlung (93 Sitze gesamt, absolute Mehrheit bei 47 Sitzen):

- **CDU: 24 % (22 Sitze)**
- **SPD: 20 % (19 Sitze)**
- **Grüne: 19 % (18 Sitze)**
- **Die Linke: 12 % (11 Sitze)**
- **AfD: 11 % (10 Sitze)**
- **Volt: 3 % (3 Sitze)**
- **FDP: 3 % (3 Sitze)**
- **BFF: 2 % (2 Sitze) Bürger für Frankfurt**
- **BSW: 2 % (2 Sitze) Bündnis Sahra Wagenknecht**
- **Sonstige: 4 % (3 Sitze)**

Die 1,1 %-Marke können grundsätzlich alle der 22 zugelassenen Listen erreichen; erfahrungsgemäß realistisch sind vor allem Chancen für diese kleineren Gruppen realistisch, die schon Sichtbarkeit haben oder 2021 nah dran oder darüber lagen:

- Die PARTEI – 2021 bereits mit 1,8 % und 2 Sitzen im Römer
- ÖkoLinX-ARL – 2021 bei 1,8 % und 2 Sitzen, ebenfalls über der Schwelle
- kleinere Listen wie ELF, IBF, FREIE WÄHLER, BIG, Gartenpartei, PIRATEN lagen 2021 zwischen 0,6 % und 1,3 %; mit der neuen 1,1 %-Hürde müssten sie zulegen, liegen aber nicht völlig aussichtslos weit weg.

Rechnerisch reicht 1,1 % bei 93 Sitzen für ungefähr einen Sitz; durch das neue Auszählverfahren wird es aber gerade für die vielen ganz kleinen Listen deutlich schwerer, diese Marke wirklich zu knacken.

Realistische Koalitionsoptionen

Unter Ausschluss einer Zusammenarbeit mit der AfD sowie extremen Rändern ergeben sich zwei mathematisch und politisch relevante Szenarien:

1. **Linkes Bündnis:** SPD + Grüne + Linke (48 Sitze)
2. **Große Koalition:** CDU + SPD + Grüne (59 Sitze) – oder ein Zweierbündnis aus CDU und SPD unter Einbindung kleinerer Partner wie Volt oder FDP.

Alle Opportunitäten:

- **SPD + Grüne + Linke (19 + 18 + 11 = 48 Sitze, linkes Bündnis).**
- CDU + SPD (22 + 19 = 41 Sitze; hier fehlen mind. 6 Sitze, z. B. Volt oder FDP).
- CDU + Grüne (22 + 18 = 40; mit Volt oder FDP mehrheitsfähig).
- SPD + Grüne + Volt (19 + 18 + 3 = 40; mit Linke oder FDP mehrheitsfähig).
- **CDU + SPD + Grüne (22 + 19 + 18 = 59 Sitze, sehr große Koalition).**

Politisch ausgeschlossen wird von mehreren Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD, sowie z. T. mit extremen Rändern, sodass realistische Bündnisse sich vor allem im Spektrum CDU/SPD/Grüne/Linke/Volt/FDP bewegen.

Die bisherige Römer-Koalition aus Grünen, SPD, FDP und Volt war nie eine wirkliche „Liebesheirat“; es gab früh Konflikte, etwa bei der FDP, und schließlich 2023/24 den endgültigen Bruch.

Auf kommunaler Ebene sind Neuwahlen nach einem Koalitionsende nicht vorgesehen, daher regiert man seitdem mit wechselnden Mehrheiten bis zur Kommunalwahl.

Beobachter sehen diese Phase teilweise überraschend positiv, weil so zuvor blockierte Projekte, etwa ein neuer Stadtteil im Nordwesten für rund 17.000 Einwohner, mit Hilfe der CDU beschlossen werden konnten. Gleichzeitig zeigt sich bei großen Themen wie dem Haushalt 2026, dass ohne feste Koalition Mehrheiten mühsam zusammengesucht werden müssen.

Die SPD tritt mit dem Spitzenduo Stadträtin Dr. Ina Hartwig und Kolja Müller an und will wieder stärkste Kraft im Römer werden. Ihre Kampagne „Wir machen Frankfurt“ konzentriert sich auf ganz praktische Alltagsprobleme: bezahlbare Wohnungen, pünktliche Bahnen, ausreichend Kita-Plätze, funktionierende Bürgerämter, saubere Straßen, gepflegte Parks und sichere Plätze. Die Sozialdemokraten betonen, sie stünden an der Seite der Menschen, die täglich mehr leisten, als man ihnen zutraut, aber weniger bekommen. Aus Sicht von Kolja Müller soll eine neue Legislaturperiode von einem kurzen, klaren Koalitionsvertrag mit gut vorbereiteten Projekten geprägt sein, die dann möglichst geräuschlos umgesetzt werden. Am liebsten wäre der SPD eine Zweier Koalition. Inhaltlich strebt die Partei eine Stadt an, in der niemand zurückgelassen wird und die für alle bezahlbar ist, ohne bestimmte Gruppen gegeneinander auszuspielen oder Lebensmodelle vorzuschreiben. Jede Partei, die diese Werte teilt und das SPD-Programm mit umsetzen möchte, komme als Partner in Frage.

Die Linke, die 2021 auf 7,9 Prozent kam, hofft, diesmal zuzulegen. Ein zentrales Ziel ist, die Spaltung zwischen Arm und Reich zu stoppen. Vorgesehen sind u. a. 300 Millionen Euro jährlich für Ankauf und Förderung von Wohnungen, mindestens 1.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr, ein Liegenschaftsfonds von über 100 Millionen Euro und die Vergabe städtischer Flächen nur noch im Erbbaurecht. Zudem fordert die Linke einen „Frankfurt-Zuschlag“ von 300 Euro monatlich für städtische Beschäftigte, ein kostenfreies Frühstück und Mittagessen für alle Kinder an Kitas und Grundschulen, sowie Stadtteilküchen mit günstigen Mittagstischen. In der Verkehrspolitik sollen Angebot und Infrastruktur des ÖPNV ausgebaut, die Preise gesenkt und alle Stadtteile gut angebunden werden; langfristiges Ziel ist ein Nulltarif durch gerechte Finanzierung. Darüber hinaus setzt sich die Partei für eine „sozial gerechte Wärmewende“ ein. Zum Thema Wunsch Koalition äußert sich Spitzenkandidat Michael Müller noch zurückhaltend und betont, über Konstellationen denke man vor der Wahl nicht nach; eine Fortsetzung des Status quo sei mit der Linken aber nicht zu machen.

Die Grünen stellen unter der Überschrift „Suchthilfezentrum vor Ort und Platz für alle, die aufs Auto angewiesen sind“ ihre Schwerpunkte dar. Sie kämpfen darum, erneut stärkste Kraft zu werden, geführt von Katharina Knacker und Dimitrios Bakakis. Ein zentrales Thema ist ein Suchthilfezentrum direkt im Bahnhofsviertel, um die Lage dort für alle zu verbessern, sowie eine Verkehrspolitik, die Staus verringert, den ÖPNV stärkt und sichere Fuß- und Radwege schafft, zugleich aber Menschen berücksichtigt, die auf das Auto angewiesen sind. Die Grünen verstehen sich als Klimaschutz-Partei in einer Stadt, die als eine der heißesten Deutschlands besonders vom Klimawandel betroffen ist; Klimaschutz, Anpassung und soziale Gerechtigkeit sollen zusammen gedacht werden. Sie wollen bezahlbaren Wohnraum und Mobilität für alle sichern und sind zu Gesprächen mit allen demokratischen Parteien bereit.

Die CDU tritt mit dem Slogan „Sicherheit, Sauberkeit und Kampf gegen den Stau“ an und will aus der Opposition heraus wieder stärkste Kraft werden. Ihr 10-Punkte-Plan sieht einen generellen Politikwechsel hin zu mehr Sicherheit, Sauberkeit, Bildung, Mobilität und bezahlbarem Wohnen vor. Dazu zählen ein Sofortprogramm „Sicherheit & Sauberkeit“ mit deutlich verstärkter Polizeipräsenz an Brennpunkten, mehr Straßenreinigung und eine Aufstockung der Stadtpolizei um 50 Prozent sowie beschleunigte Schulsanierungen. In der Verkehrspolitik will die CDU-Staus auf den Straßen offensiv bekämpfen. Als Koalitionspartner kommen für sie alle demokratischen Parteien außer AfD und Linke in Frage. Nils Kößler hält wechselnde Mehrheiten zwar für demokratisch, betrachtet sie aber nur als zweitbeste Lösung gegenüber einer stabilen Koalition, die verlässliche Mehrheiten und eine gemeinsame Vision für die Stadt ermöglicht.

Volt, der bisherige Juniorpartner der Römer-Koalition, wirbt unter der Überschrift „für einen digitalen Zwilling“ vor allem mit Modernisierung und Europa-Bezug. Volt will die konsequente Digitalisierung der Verwaltung fortsetzen, bezahlbaren Wohnraum schaffen und eine klimaneutrale, barrierefreie und lückenlose Mobilität erreichen. Spitzenkandidatin Stadträtin Eileen O’Sullivan betont Transparenz, echte Beteiligung und eine Politik, die zuhört und Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Sie kann sich themenbezogene Mehrheitsbildungen gut vorstellen und verweist darauf, dass die vergangenen Monate gezeigt hätten, wie solche Modelle Lösungsfindungen versachlichen können – Zusammenarbeit mit Rechts- und Linksextremen schließt Volt jedoch aus. Inhaltlich sieht die Partei viele mögliche Projekte, inspiriert von anderen europäischen Städten: etwa einen digitalen Zwilling wie in Dublin zur besseren Stadtplanung, die Umsetzung von Superblocks nach dem Vorbild Barcelonas oder ein offenes Begegnungszentrum nach dem Beispiel von Uppsala zur Förderung von Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Die FDP tritt nach ihrem Austritt aus der Römer-Koalition mit einem klar liberalen Profil an, das auf eine leistungsfähige Stadt, moderne Verwaltung und größtmögliche Freiheit für Bürgerinnen und Bürger setzt. Inhaltlich betonen die Freien Demokraten eine Verwaltung, die entscheidet statt verwaltet, technologieoffene Klimapolitik, wirtschaftliche Dynamik und einen öffentlichen Raum, der Sicherheit garantiert. Politisch prägt ein Thema den Wahlkampf der FDP besonders: Das geplante Crack-Suchthilfezentrum im Bahnhofsviertel. Die Partei hatte sich innerhalb der früheren Koalition klar dagegen ausgesprochen und erwartete ein gemeinsames Abstimmungsverhalten. Als SPD, Grüne und Volt dennoch für das Zentrum stimmten und damit nach Sicht der **FDP** den Koalitionsvertrag verletzten, erklärte sie die Zusammenarbeit für beendet. Der Bruch begründet sich aus Sicht der Liberalen vor allem im Vertrauensverlust und einem Verfahren, das nach ihrer Bewertung vereinbarte Regeln missachtete. Seit dem Koalitionsende setzt die FDP auf projektbezogene Mehrheiten und präsentiert sich als Kraft, die Frankfurt am Main durch Pragmatismus, Digitalisierung und marktwirtschaftliche Vernunft „wieder in Bewegung“ bringen will. Die beiden FDP Stadträtinnen bleiben im Amt, da es sich um gewählte Positionen handelt und sie weiterhin städtische Aufgaben sachorientiert wahrnehmen sollen. Für die kommende Wahlperiode verspricht die FDP eine Politik klarer Prioritäten, mehr Freiheit und weniger ideologische Blockaden – mit dem Anspruch, Frankfurt am Main zukunftsfest und handlungsfähig zu machen.

Analyse der Wirtschaftskraft und Infrastruktur der Stadt am Main

Frankfurt am Main erzielt seit mehreren Jahren sehr hohe Gewerbesteureinnahmen von grob 2,5 bis gut 3 Milliarden Euro pro Jahr und hält dabei einen konstanten Hebesatz von 460 %. Die Stadt gehört damit bei den Steuereinnahmen je Einwohner zur bundesweiten Spitze. München liegt beim Hebesatz mit aktuell 490 % noch etwas höher als Frankfurt am Main. Berlin erhebt einen deutlich niedrigeren Hebesatz von 410 %. Insgesamt ist die Standortbelastung durch die Gewerbesteuer in Frankfurt am Main hoch, aber niedriger als in München und spürbar höher als in Berlin.

Frankfurt am Main ist gewerbesteuerlich sehr stark konzentriert auf Finanz- und Unternehmensdienstleistungen. Über 60 % der Gewerbesteuer stammen aus Finanzwirtschaft und Versicherungen, während Industrie, Handel, Logistik, IT/RZ und andere Dienstleistungen jeweils nur einstellig oder im niedrigen Prozentbereich liegen.

In Frankfurt stammen nur wenige Prozent der gesamten Gewerbesteureinnahmen aus Zukunftstechnologien und -branchen wie z. B. der Rechenzentrumsbranche, obwohl hier einer der wichtigsten Datacenter-Cluster Europas sitzt. Für 2023 werden die direkten Gewerbesteuerzahlungen der Rechenzentren und ihrer Betreiber in Frankfurt und der Region auf nur rund 27-40 Millionen Euro geschätzt – bei insgesamt etwa 3 Milliarden Euro Gewerbesteueraufkommen der Stadt. Hintergrund ist, dass die Gewerbesteuer großer Betreiber nach Lohnsumme auf viele Betriebsstätten verteilt wird und Datacenter vor Ort nur wenige Beschäftigte haben. Gleichzeitig generieren Rechenzentren in der Region Frankfurt RheinMain ein Steueraufkommen von rund 405 Millionen Euro insgesamt (inklusive Bund und anderer Kommunen) und stoßen zusätzliche Wertschöpfung sowie Unternehmensansiedlungen an.

Für die Stadt Frankfurt am Main selbst bedeutet das: hoher struktureller und wirtschaftlicher Nutzen der Rechenzentren, aber im Verhältnis dazu nur ein relativ kleiner direkter Beitrag zur kommunalen Gewerbesteuer. Dies muss die Stadt ändern und ihren Vorteil des DE-CIX Knotenpunktes ausspielen und Genehmigungen von potentiellen Gewerbesteureinnahmen abhängig machen.

DE-CIX ist der weltweit größte Internetknoten nach Datendurchsatz.

Sich alleine auf diese Zukunftstechnologien zu verlassen, wird den städtischen Haushalt nicht ausreichend helfen können. Die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen ist unter dem Gesichtspunkt des nachhaltigen Wirtschaftens ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt.

FAZIT:

Die großen Zeiten der Sozial- und der Christdemokraten in denen sie mit ihren Oberbürgermeistern diese Stadt geprägt und gut gestaltet, organisiert und verwaltet haben, ist schon lange vorbei.

Wo sind die Walter Kolb´s (SPD), Werner Bockelmann´s (SPD), Willi Brundert´s (SPD) oder die Walter Wallmann´s (CDU)?

Wo sind Planungsdezernenten wie Martin Kampffmeyer (SPD), Hans Küppers (CDU) oder Martin Wentz (SPD)?

Die Stadtverwaltung benötigt eine Führung, die strategische Weitsicht mit operativer Tatkraft verbindet. Das Potenzial des Duos aus Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) und Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) ist vorhanden, erfordert jedoch eine stabile politische Basis.

Von dem Duo Oberbürgermeister Mike Josef und Planungsdezernent Marcus Gwechenberger wissen die Menschen, dass es sich um ausgewiesene intelligente und strategische Köpfe handelt; es fehlt jedoch bisher der Mut oder die Verve. Beide könnten die großen Fußstapfen glorreicher Zeiten von Wallmann und Wentz leicht füllen und sich in das Geschichtsbuch dieser traditionsreichen Stadt eintragen. Die Sozialdemokratie liegt fünf Punkte über den Bundestrend. Das ist hausgemacht und darf mit Fug und Recht als positiver Beleg ihrer Arbeit angesehen werden.

Dagegen liegt die CDU zwei Punkte unter dem Bundestrend. Die Christdemokratie ist in Frankfurt am Main von der Rolle. Die junge Generation in der CDU muss ein Bündnis bilden und ihre Programmatik mit Ideen und Tatendrang füllen.

Ein SPD und CDU-Bündnis unter starker Führung der beiden Köpfe Josef und Gwechenberger würde der Stadt Frankfurt am Main guttun. Dabei müssen die Themen Wohnungen, Sauberkeit, Sicherheit, ein besseres Bahnhofsviertel und das Zusammenwirken aller Verkehrsmittel das gemeinschaftliche Ziel sein, um Frankfurt am Main seine Schlagkraft wieder zu geben. Für die Wirtschaft dieser Stadt ist es unerlässlich, dass diese Themen angegangen und in gut funktionierender Weise gelöst werden, besser gesagt, endlich strategisch mit voller Kraft bearbeitet werden und nicht im Klein-Klein von Koalitionsgezerre sich verlieren.

Die Stadt braucht eine urbane und nachhaltige Agenda.

Die Handelsstadt Frankfurt am Main muss wieder fitter gemacht werden darf sich nicht ausruhen, auch auf bisherige Erfolge und bisheriges Tun. Visionen und Ideen, letztendlich jedoch Taten sind die entscheidenden Momente, die unsere Stadt wieder in den Mittelpunkt des Geschehens setzen. Die Zentralität von Frankfurt am Main, ihre Messe und ihr Flughafen müssen noch mehr in die Waagschale im Wettbewerb der Städte und Regionen eingebracht werden. Deshalb kommt es darauf an, dass im Römer die richtigen Kräfte zusammenwirken und vertrauensvoll eng zusammenarbeiten und sich mehrere Leitlinien als Maxime auf die Fahne schreiben. Ein starkes Bündnis aus zwei Parteien SPD und CDU kann dies bewirken. Berlin ist hier leider kein Vorbild, sollte jedoch auch nicht als Abschreckung dienen, um dies in Frankfurt am Main zu versuchen. Frankfurt am Main hat die Fähigkeit hier Vorbild für Berlin zu werden. Immerhin ist schon einmal großartiges gelungen mit dem schwarz-grünen Bündnis in Frankfurt am Main unter den Erfindern Markus Frank (CDU) und Olaf Cunitz (Grüne).

Das war keine schlechte Sache.

**Glück auf für Frankfurt am Main und eine prosperierende nachhaltige Zukunft
für diese alte schöne und freie Handelsstadt.**